

17. JULI 1961

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XVI/157 - 15. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Sind Deutsche dümmer als andere Völker?</u> Der Zusammenbruch einer kulturpolitischen These Von Klaus Helger	91
3	<u>Hamburg an der Spitze</u> Grösster Stückguthafen Kontinentaleuropas Von Rudolf Hornig	50
4 - 6	<u>Der Kampf um den "grössten Haufen" (Teil II)</u> Von der Tätigkeit der "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" Eine Dokumentation zum Thema "Politik" - in der Bundesrepublik	141

* * *

Zur Beachtung: In der nächsten Ausgabe unseres Pressedienstes - Montag, den 17. Juli 1961 - veröffentlichen wir eine ausführliche Stellungnahme des Bundestagsabgeordneten Peter Neillern zu der am vergangenen Wochenende bekanntgegebenen

Sozialenzyklika von Papst Johannes XXIII.

* * * * *

Sind Deutsche dünner als andere Völker?

Der Zusammenbruch einer kulturpolitischen These

Von Klaus Helger

Vor kurzem hat sich in Göttingen der Berliner Senator für Volksbildung, Professor Joachim Tiburtius, für Maßnahmen eingesetzt, die den Zustrom von Abiturienten an die Universitäten der Bundesrepublik verringern sollen. Tiburtius begründete dies mit dem Hinweis, dass die Zahl der Studenten in den nächsten zwei bis drei Jahren von 2 000 000 auf 240- 260 000 ansteigen werde. Ein Teil der Abiturienten soll nach Meinung von Tiburtius in Berufe gelenkt werden, für die kein Universitätsstudium erforderlich ist. Dieses vorgeschlagene Patentrezept des CDU-Kulturpolitikers ist nicht mehr und nicht weniger als eine Neuauflage des Planes von Bundesinnenminister Schröder, der im Dezember 1959 vorgeschlagen hat, jeden vierten Studenten aus der Universität "herauszuprüfen". Tiburtius macht es noch einfacher: er will von vornherein verhindern, dass ein Teil der an Hochschulbesuch Interessierter immatrikuliert wird.

Die Begründungen, mit denen bisher diese unsinnige Vorstellung gestützt wurde, sind bekannt. Man sagt, dass die Zahl der Hochschulabsolventen den Bedarf in Wirtschaft und Industrie zu übersteigere Größe, dass die Vergrößerung des Anteiles der Studierenden an den einzelnen Geburtsjahrgängen über das natürliche Begabungspotential hinausgehe.

Diese Behauptungen, die sich auch CDU-Kulturpolitiker zu eigen machen, halten einer ernsthaften Überprüfung nicht stand. Darauf hat auch bereits der Wissenschaftsrat hingewiesen, als er erklärte:

"Die Besorgnis, die Hochschulen könnten die Bildung des akademischen Proletariats heraufbeschwören, wenn sie alle diejenigen aufnehmen und ausbilden, die studieren möchten, ist unbegründet."

Vielmehr - so wird weiter ausgeführt - müsse "die Bundesrepublik als demokratisches Gemeinwesen ihre Bildungseinrichtungen so erweitern, dass sie den Bedürfnissen aller Volksschichten nach wissenschaftlicher Ausbildung entsprechen".

Zahlen widerlegen leichtfertige Behauptungen

Koch gründlicher wurde inzwischen die Meinung widerlegt, dass die Zahl der Studierenden in der Bundesrepublik das natürliche Begabungspotential überschreite. Ein Vergleich mit dem Ausland lässt erkennen, dass man diese Behauptung nur aufrecht erhalten kann, wenn man der Meinung ist, dass die Begabungen in der Bundesrepublik dünner gesät sind als anderswo. Wer meint, dass bei uns die Begabungsreserven erschöpft sind, kann nach einem Vergleich mit dem Ausland

dies nur behaupten, wenn er glaubt, die Deutschen seien dümmer als andere Völker.

Nach einer UNESCO-Untersuchung aus den Jahren 1956/57 erreichten vom jeweiligen Jahrgang der 19jährigen einen Oberschulabschluss in den USA 63,17 %, in Irland 12,23 %, in Frankreich 8,61 %, in Österreich 4,15 % und in der Bundesrepublik 3,65 %.

Dass bei uns ein in Vergleich zu anderen Ländern erschreckend niedriger Anteil der einzelnen Geburtsjahrgänge zum Oberschulabschluss und zur Hochschulreife gelangt, dafür gibt es bestimmt andere Ursachen, als eine geringere Begabung der Deutschen im Vergleich zu anderen Nationen. Prüft man weiter, wieviel Prozent des Altersjahrganges der 19jährigen, die 1956/57 einen Oberschulabschluss erreichten, sich 1957/58 erstmals an einer Hochschule immatrikulierten, dann ist der Vergleich für Deutschland nicht viel besser.

In den USA waren es 35,03 %, in Kanada 14,08 %, in Frankreich 7,19 %, in Schweden 6,40 %, in Belgien 5,51 %, in Irland 4,47 %, in Griechenland 4,22 %, in England 4,20 %, in der Bundesrepublik 3,69 %, in Italien 3,46 %.

Dass in der Bundesrepublik die Zahl der Immatrikulierten die Zahl der Absolventen einer Oberschule übertrifft, erklärt sich aus dem Anteil der ausländischen Studenten in Deutschland.

Unklare Begründungen für Abstinenz in der Kulturpolitik

Diese Zahlen vermitteln eine Vorstellung davon, wie die einzelnen Länder von ihrem wertvollsten Kapital - der Begabung ihrer Jugend - Gebrauch machen, sie zeigen deutlich, dass wir nicht zu viele Studenten, sondern zu wenig Hochschulen haben - eine Schlussfolgerung, die auch der Wissenschaftsrat zog -, und sie geben zu der Frage Anlass, was wohl einen Kulturpolitiker der CDU bewegen mag, den Forderungen des Wissenschaftsrates seine originelle "Lösung" des Hochschulproblems entgegenzusetzen. Seine Motive können nach allem nur in einer gesellschafts-politischen Entscheidung gefunden werden.

Für Demokratisierung des Bildungswesens

Zweifelloos kostet der großzügige Ausbau unseres Bildungswesens ausserordentlich viel Geld - mehr Geld, als nach den Vorstellungen der Regierungspartei von der Rangordnung der Werte (in deren allerunterster Kategorie der Bildungsaufwand seinen Platz hat) für diesen Zweck angemessen wäre. An Äusserungen, wie denen von Professor Tiburtius zeigt sich nur zu deutlich die konservative Grundeinstellung einer Partei, die auch die industrielle Gesellschaft nach ständisch-feudalem Muster zu ordnen trachtet. Während die grosse Masse auf das Funktionieren in spezialisierten Teilfunktionen gedrillt wird, soll der gesamte Oberbau des Bildungswesens der Schulung einer schmalen Schicht von akademischen Spezialisten auf der einen Seite und der einer Elite von Führungspersönlichkeiten auf der anderen Seite vorbehalten bleiben. Die bildungspolitischen Vorstellungen der SPD, die immer wieder konkrete Forderungen zum Ausbau unseres Schul- und Hochschulwesens erhebt, sind demgegenüber von dem Bestreben geleitet, nicht nur die formalen, sondern auch die materiellen, sozialen und psychischen Hindernisse zu beseitigen, die einer gehobenen Bildung aller Schichten unseres Volkes - und das bedeutet der Demokratisierung des Bildungswesens - noch immer entgegenstehen.

Hamburg an der Spitze

Grösster Stückguthafen Kontinentaleuropas

Von Rudolf Hornig

Deutschlands grösster Hafen Hamburg ist jetzt wegen des neuen Aufbauplanes der Freien und Hansestadt, des Projektes des gewaltigen Vorhafens an der Elbemündung und seiner Aufbauleistung auf dem Gebiete des Wohnungsneubaus (mehr als 250 000 neue Wohnungen seit Kriegsende) in aller Munde. Eine für das Funktionieren dieses Welthafens wichtige Tatsache, die sich in den ersten Julitagen begeben hat, fällt bei diesen grossen und zukunftsweisenden Projekten und Planungen zwar nicht so in die Augen und ergibt in den grossen Zeitungen und in der Massenpresse keine Schlagzeilen. Aber sie ist für den Hafen Hamburg nicht minder bedeutsam und ein Beweis mehr, wie zielbewusst in Hamburg der Aufbau für Gegenwart und Zukunft betrieben wird. Es handelt sich schlicht darum, dass Anfang Juli der neue Kaischuppen 11 dem Betrieb übergeben wurde. Damit verfügt der Hamburger Hafen wieder über 65 Kaischuppen mit über 562 000 qm Umschlags- und Lagerfläche und ist damit führend in Kontinentaleuropa.

Aufbau schon vor der Währungsreform

Bei Kriegsende waren von den 92 Kaischuppen der Vorkriegszeit mit einer Fläche von 725 572 qm nur 34 betriebsfähige übriggeblieben, die über eine Umschlags- und Lagerfläche von 71 239 qm verfügten. Ausgefallen waren insgesamt 58 Kaischuppen und von den elf heizbaren und für den Südfrüchteumschlag so wichtigen Kaischuppen war kein einziger mehr vorhanden. Man legte in Hamburg die Hände nicht in den Schoß und wartete nicht auf bessere Zeiten und auf ein wertbeständiges Geld. Bis 1948 waren 12 weitere Kaischuppen wieder gebaut oder instand gesetzt und die Gesamtfläche hatte sich bereits auf 280 593 qm erhöht. 10 Jahre später standen schon wieder 62 betriebsfähige Kaischuppen mit einer Fläche von 542 308 qm zur Verfügung und darunter befanden sich 12 heizbare. Seither ist der grosse neue und hundertprozentig moderne Bananenschuppen seiner Bestimmung übergeben worden und hat überall, nicht nur in Europa, Aufsehen erregt. Mit dem neuen Kaischuppen 11 sind seit dem Kriege bisher 34 Schuppenanlagen neu gebaut oder von Grund aus wiederhergestellt worden, es sind, wie gesagt, derzeit 65 Kaischuppen vorhanden. Die Aufbauleistung Hamburgs ist imponierend.

Widerlegte CDU-Legende

Der neue Kaischuppen, auf dem Gelände der bereits in den 70er Jahren errichteten und im Kriege zerstörten Schuppen 10, 11 und 12 erbaut, wurde weitgehend den heutigen Verkehrserfordernissen angepasst. Ein Kaischuppen muss heute nicht nur dem direkten Umschlag von Schiene zum Schiff, sondern auch dem reibungslosen Umschlag auf der Landseite vom Schuppen zum LKW dienen. Im Zuge des Neubaus wurde eine 387 m lange Kaimauer geschaffen, die bei einer Wassertiefe bis zu sieben Metern drei bis vier Schiffe gleichzeitig Platz bietet. Wenn man damit die "Erfolgszahlen" aus Ostblockhäfen vergleicht, wird einem klar, dass in Hamburg bei einem einzigen neuen Kaischuppen mehr Umschlagsplatz geschaffen wird als in ganzen Hafenbecken der so stark propagierten Ostseehäfen des Ostblocks.

Im übrigen widerlegt die Leistung Hamburg Adenauers Legende "Die CDU hat alles gemacht". Mit kurzen Unterbrechungen regieren seit 1945 in Hamburg die Sozialdemokraten.

+ + +

Der Kampf um den "grössten Haufen" (Teil II)

Von der Tätigkeit der
"Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise"

Die Infiltrationsmethoden

Die Arbeitsweise der ADK vollzieht sich auf drei Ebenen:

1. Veranstaltung von Tagungen, Vortragsabenden, Seminaren. Nach aussen werden überparteilich getarnte politische Themen gewählt, wie etwa "Die wehrpolitische Lage der Bundesrepublik" oder "Welche Werte hat der Westen zu verteidigen?". Es gibt dazu zentral organisierte Schulungsprogramme und länderweise organisierte Veranstaltungen. Hierüber steht eine grosse Zahl von Rednern und Vertrauensleuten gegen Bezahlung, versteht sich, laufend zur Verfügung.
2. Planmässige Beschickung von öffentlichen Institutionen, Schulen, Verbänden, Vereinen, und Gruppen mit Rednern und Referenten sowie
3. Gezielter Versand von Schriftmaterial an angeblich 70 000 Vertrauensleute in allen Teilen des Bundesgebietes.

Bei den Themen, die die ADK bevorzugt, können unterschieden werden:

1. Die Europapolitik aus der Sicht der CDU-Bundesregierung,
2. Die Propagierung der NATO und der Verteidigungspolitik aus der Sicht der CDU-Bundesregierung und
3. Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und mit dem Kommunismus parallel zur Politik der CDU-Bundesregierung.

Für die Godesberger Zentrale besteht aber noch eine weitere Aufgabe in der Ausarbeitung von vertraulichen Berichten, die unmittelbar für das Adenauer-Kabinett bestimmt sind.

Vertrauliche Berichte

Die Routiniers der öffentlichen Meinungsbildung in der sehr gut eingerichteten ADK-Zentrale in Bad Godesberg - in dem auch Jahn mit seiner Frau ein vornehmes Appartement bewohnt - wissen, wie Adenauers Politik "verkauft" werden muss. Sie benutzen ihre Kontakte zu den Vertrauensleuten im Lande, die monatlich mit Informationsmaterial überschwemmt werden, welches nach eigenem Eingeständnis "Sprachregelungen" erhält, dazu regelmässig Berichte über alles abzufordern, was auf regionaler Ebene geschieht. Besonders interessiert die Zentrale, wie Tageszeitungen und Bevölkerung auf politische Ereignisse reagieren und wie sie sich zu Massnahmen der CDU-Bundesregierung stellen. Alle Berichte werden in der ADK-Zentrale gesammelt, gesichtet und verarbeitet. Daraus werden Analysen hergestellt, die "Adenauer und den wichtigsten Mitgliedern des Kabinetts zugeleitet" werden; und zwar "regelmässig und vertraulich".

CDU-Forum

Es ist unbestreitbar, dass die ADK der CDU-Prominenz als ein Forum dient, dem grössere publizistische Bedeutung zukommen dürfte, als der gesamten CDU-Organisation selbst. Die Ministerpräsidenten der Länder, die der CDU angehören und die Funktionäre der Partei reden in Versammlungen, die die ADK vorbereitet, veranstaltet und finanziert hat. Propagandisten der CDU, wie beispielsweise Schwarz-Liebermann, der gegenwärtig in der CDU-Wahlkampfleitung tätig ist, benutzen die Rednerpulte der ADK, um sich mit ihren politischen Gegnern auseinanderzusetzen. Schwarz-Liebermann sprach kürzlich auf einer "Informationstagung" der ADK in Stuttgart. Die "Heilbronner Stimme" berichtete am 20. April 1961 darüber: "Die Analyse, die der Referent über Entwicklung und Konzeption der NATO und über die Aufstellung und Bewaffnung der Bundeswehr gab, wurde zu einer elegant geführten Auseinandersetzung mit der Bundestagsopposition. Der Deutschlandplan der SPD sei zwar gegenwärtig in der Schublade verschwunden, müsse aber nach wie vor als aktuelles Programm betrachtet werden. Dr. Liebermann belegte diese Auffassung mit zahlreichen Zitaten vom SPD-Bundesparteitag in Hannover". In dieser Weise unterstützt die ADK massiv die CDU.

Tarnorganisationen am laufenden Band

Über ihren eigenen Bereich hinaus hat sich die ADK inzwischen ein weitverzweigtes Netz von Kontakten schaffen können. Sie arbeitet mit einer grossen Zahl von bekannten Verbänden, einschliesslich des "Deutschen Beamtentundes" und des "Verband des Deutschen Soldaten". Wenn die Arbeit in der Bundeswehr und im Bundesgrenzschutz in neuerer Zeit nachgelassen hat, so ist sie in anderen Verbänden, vor allem auch im Bereich der soldatischen Traditionsverbände verstärkt worden. Die ADK spricht selbst von 560 000 Mitgliedern in ca. 500 Traditionsverbänden, denen sie ihre besondere Aufmerksamkeit widme. Dazu kommen die katholischen Verbände, die Europa-Organisationen und staatsbürgerlichen Vereinigungen, soweit sie sich durch die Nähe der ADK zur CDU nicht gestört fühlen. Auch hier werden Vorträge gehalten, Filme gezeigt, Diskussionen veranstaltet und Ausstellungen organisiert, die sämtlich den Zweck verfolgen, die CDU-Bundesregierung in einem positiven Licht erscheinen zu lassen und alle anderen politischen Auffassungen als unglaubwürdig oder illusionär hinzustellen.

Ferner bedient sich die ADK weiterer getarnter Organisationen mit speziellen Aufgaben. Zur Verstärkung der "staatsbürgerlichen Bildungsarbeit" entstand z.B. im April 1958 die "Deutsche Demokratische Aktion", deren wesentliche Funktionäre aus der ADK entsandt waren, um Aktionen durchzuführen, für die die ADK selbst zu abgestempelt erschien. Konteradmiral a.D. Sorge aus Bad Godesberg führt diese Organisation an. Er ist auch im Vorstand der ADK tätig. Weitere Organisationen, an denen sich ADK-Funktionäre beteiligen, sind die "Studiengesellschaft für Public Relations", die "Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit" - die seinerzeit den amerikanischen Journalisten Schlamm in der Bundesrepublik bekannt machte -, das Komitee "Rettet die Freiheit e.V.", die "Aktionsgemeinschaft Eisener Vorhang" u.a. Es bedürfte schwieriger Nachforschungen alle Verpflichtungen im Einzelnen darzulegen, die in diesem Bereich bestehen. Hier spielt sich so gut wie alles ausserhalb der öffentlichen Kontrolle und Nachprüfungsmöglichkeit ab, sodass Zusammenhänge nicht ohne weiteres ersichtlich

sind. Daraus folgert, es geht alles andere als demokratisch in diesen Propagandaorganisationen zu. Im Bundestag wurde die "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" daher einmal "Arbeitsgemeinschaft undemokratischer Umtriebe" genannt. Ihre Tätigkeit hat mit Demokratie tatsächlich nichts zu tun.

Die Bundeswehr ist immun gemacht

Zu den zahlreichen Objekten der ADK-Infiltration gehörte auch die Bundeswehr. Da die politische Aufklärungsarbeit - auch gegenüber dem totalitären Osten - früher von der Truppe selbst aus Mangel an Mitteln nur unzureichend betrieben werden konnte, fand die ADK - des Wohlwollens der politischen Spitze überdies gewiss - schnell Bundeswehr-Böden unter den Füßen. Schriften der ADK wurden als angeblich überparteiliches Informationsmaterial massenweise in die Truppe geschleust, Redner der ADK, die das Bundespresseamt bezahlte, in rollendem Einsatz in die bundesdeutschen Kasernen geschickt

Schliesslich war aber doch nicht verborgen geblieben, dass der ADK-Apparat praktisch als Propaganda-Zentrale der CDU-Bundesregierung tätig war. Denn abgesehen von der Kritik an Wehr- und aussenpolitischen Vorstellungen anderer politischer Gruppen betätigten sich die ADK-Redner teilweise als so führende Schürer des Kalten Krieges, dass ihr Einsatz auch Aussenstehenden nicht verborgen bleiben konnte. So brachte der Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt, der der SPD angehört, am 1. Februar 1957 die Aktivität der ADK innerhalb der Bundeswehr im Bundestag zur Sprache. Er stellte fest, daß bis dahin an 3000 Offiziere der Bundeswehr 19 Folgen der ADK-Schriftenreihe zur Wehrpolitik über den Verteiler des Bundesverteidigungsministeriums verteilt und vom Presseamt und anderen Fonds der Bundesregierung bezahlt worden seien, und dass auf diesen Wege der Versuch gemacht worden sei, die Bundeswehrführung an die politische Führung (sprich Bundesregierung) - nicht des Parlaments - zu ketten. Schmidt berichtete von Lehrgängen, zu welchen Offiziere und Unteroffiziere dienstlich kommandiert oder beurlaubt worden seien und an denen auch ehemalige Soldaten über die Traditionsverbände teilnehmen konnten; die ADK bezahlte dann sogar die Reisekosten. Die Mittel kamen sämtlich aus dem Presse- und Informationsamt.

Was schliesslich die SPD bewog, den Verteidigungsausschuss des Bundestages als Untersuchungsausschuss tätig werden zu lassen, waren Äusserungen von ADK-Rednern - einschliesslich des ADK-Präsidenten, die im Bundestag allgemein kopfschütteln hervorriefen. So wurde berichtet, Jahn und ein anderer Redner der ADK hätten die Auffassung geäussert, die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion sei unausbleiblich. Jahn habe am 25. November 1956 auf einer Tagung in Hamburg, an der sämtliche Offiziere einer grossen Dienststelle teilgenommen hätten, folgendes gesagt: "Ich habe meinen englischen Freunden gesagt: die Suezsache habt Ihr nicht richtig angefasst. Wir hätten über Nacht mit einem grossen Angriff alle Punkte besetzt und dann erst der Welt verkündet: Wir sind schon da". Während der gleichen Veranstaltung sei dann auch die Äusserung Jahns gefallen: "Eine schlechtere Politik als Eisenhower hätte auch ein anderer nicht machen können. Er verhindert stets die Sprache der Waffen. Wie anders Truman in Korea! Das ist der einzige Weg im Umgang mit der Sowjetunion". Und schliesslich noch jene: "Das sind alles nur Affen, die auf Empfängen in Bonn den Botschafter der UdSSR hochfieren. Nur die Karren der deutschen Presse können selbst heute noch von Wiedervereinigungsverhandlungen mit der UdSSR reden. Die Auseinandersetzung mit der UdSSR ist unausbleiblich."

+ + +

(wird fortgesetzt)